

Beschränkung des Fluglärms

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1. Im Zeitraum von 22 – 6 Uhr finden keine Flugbewegungen auf dem Flughafen Rhein-Main statt.
2. Der durch Fluglärm verursachte Lärm darf einen Dauerschallpegel von 55 dbA (gemessen im Zeitraum vom 8 – 20 Uhr) und in den Tagesrandstunden von 6 – 8 Uhr und 20 – 22 Uhr ein Dauerschallpegel von 50 dbA nicht überschreiten.

Die durch einzelne Flugzeuge erzeugten Lärmspitzen dürfen einen Wert von max. 70 dbA über dem Stadtgebiet nicht überschreiten.

Sollte sich herausstellen, dass diese Werte bei Betrieb der Landebahn Nordwest nicht zu realisieren sind, werden die Flugbewegungen auf der neuen Landebahn soweit beschränkt, wie dies zum Erreichen der Werte erforderlich ist.

Begründung:

Seit Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest Ende Oktober 2011 ist die Fluglärmbelastung in Teilen von Frankfurt auf ein unerträgliches Maß gestiegen. Die Aussicht, dass sich der Zweck der neuen Landebahn realisiert und der Flugverkehr um 50 % steigt, zerstört jede Hoffnung der Anwohner auf ein Leben ohne Gesundheitsgefährdung.

Die Landes-SPD hat sich auf Grund der Aussicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, steigenden Wohlstand und sicher auch auf Grund des vermeintlich bürgerfreundlichen Verfahrens - der Mediation - für einen Ausbau des Frankfurter Flughafens ausgesprochen. Die Realität zeigt jedoch, dass diese Annahmen falsch waren. Die angekündigten 100.000 neuen Arbeitsplätze wurden bisher nicht und werden auch nicht in absehbarer Zukunft geschaffen werden, da die Anzahl der Arbeitsplätze am Flughafen seit 2006 stagniert. Darüber hinaus wurde die Mediation nicht mal zur Hälfte umgesetzt; im Gegenteil die Landesregierung klagt sogar gegen dessen Kern - das Nachtflugverbot. Weiterhin zeigen die Werte der Lärmmessstationen im Frankfurter Süden bereits jetzt höhere Werte als in der Lärmschutzverordnung, die Grundlage für Schallschutzerstattungen ist, festgelegt worden sind. All dies stellt die Mediation insgesamt in Frage.

Die Erweiterung des Frankfurter Flughafens im Oktober 2011 bringt der Region ökonomische Vorteile zu Lasten der Ökologie, zu Lasten der Gesundheit der Menschen, die sozialen Folgen für die Regionen,

die unter einem Teppich aus Lärm und Luftschadstoffen leiden, sind in ihrem ganzen Ausmaß erst allmählich absehbar.

Die Menschen unter den Anflugs- und Abflugsrouten leiden unter der massiven Verlärmung. Tausende Wohnungen, Kindergärten, Horte, Schulen und Senioreneinrichtungen liegen im Siedlungsbeschränkungsbereich, in dem Neubaugebieten nicht mehr genehmigt werden dürfen.

Die Anflugrouten über Frankfurt sind optimiert. So nah vor der Landebahn sind keine Änderungen möglich. Die Landebahn Nordwest hingegen ist noch nicht ausgelastet. Somit werden sich die Belastungen für die Bewohner/-innen insbesondere in den Stadtteilen südlich des Mains noch weiter erhöhen.

Das im Planfeststellungsverfahren verfügte sechsstündige Nachtflugverbot reicht niemandem für ausreichenden Schlaf. Das Nachtflugverbot muss daher auf 8 Stunden ausgeweitet werden.

Unerträglicher Lärm am Tag ist zum ständigen Begleiter geworden für Menschen, die ihren Alltag zu Hause verbringen, besonders hart trifft es Kinder in entsprechenden Einrichtungen. Eltern, Lehrer und Schüler beklagen sich über massive Störungen des Unterrichts. Um Gesundheitsschäden von der Bevölkerung abzuwenden, darf angelehnt an wissenschaftliche Erkenntnisse des Umweltbundesamtes und der TA-Lärm, ein Dauerschallpegel von 55 dbA tagsüber nicht überschritten werden, Einzelschallereignisse 70 dbA nicht übersteigen. In den Randstunden muss eine Reduzierung auf einen Dauerschallpegel von 50 dbA gefordert werden, um der vom Fluglärm Betroffenen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben zur Ruhe zu kommen.

Ärzte berichten von zunehmenden Belastungen, physischen Erkrankungen wie Bluthochdruck und Schlafstörungen bei Erwachsenen und Kindern wie von psychischen Belastungen bis hin zu Depressionen. Die Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in den Einflugschneisen sind nicht zu leugnen.

Der Frankfurter Stadtwald mit seinen bundesweit vorbildlichen Spielplätzen, Scherwald, Goetheturm, Louisa, Weinbergpark, die Oberschweinstiege und das Stadtwaldhaus sind verlärmte und für die Erholung verloren.

Die Stadtteile waren zuvor von Straßen-, Schienen- und Fluglärm betroffen. Die Dimension der neuen Belastungen trifft die Bevölkerung völlig unvorbereitet.

Alle Schichten sind vom Lärm aus der Luft betroffen. Die sozialen und wohnungspolitischen Folgen sind vorhersehbar. In großen Teilen der betroffenen Bevölkerung setzt eine Fluchtbewegung in ruhigere Stadtteile ein. Einer Stadt, der es an Flächen für Wohnbebauung mangelt, wurde ein großer Teil an bewohnbarer Fläche entzogen. Wohnraum in den nördlichen Stadtteilen wird zunehmend nachgefragt.

Politik muss dafür sorgen, dass nicht zur bloßen Ware wird, was nicht zur Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt.

(aus dem SPD – Grundsatzprogramm, Hamburg, 2007)